

# Automaten ausschalten oder weiter kassieren?

## Berichte sorgten für Verwirrung um Parkgebühr

**Beeskow (sab)** Chaos in den kommunalen Ordnungsämtern hatten gestern veröffentlichte Presseberichte verursacht. Darin hieß es, an allen Parkuhren bzw. Parkscheinautomaten, die keine Zehn-Pfennig-Stücke annehmen, könne man frei parken. Die Automaten sollten deshalb solange außer Betrieb bleiben, bis die Kommunen eine eigene Parkgebührenordnung beschlossen hätten.

Bei allen Ordnungsämtern im Kreis, die das Spree-Journal gestern befragte, herrschte Ratlosigkeit. Die Parkscheinautomaten müßten außer Kraft gesetzt werden, bis die Gemeinden eine eigene Gebührenordnung beschließen. In den Ordnungsämtern Storkow, Lieberose und Beeskow war man verwundert: Wir haben doch eine Gebührenordnung, so die Reaktion.

Das Problem ist folgendes: Eigentlich dürften die Gemeinden laut Bundesregelung nur die Mindesttaxe von 10 Pfennigen pro halbe Stunde verlangen, da es noch keine Landesordnung gibt, die den Kommunen einen höheren Betrag erlaubt. Diese Verordnung ist jetzt da. Die bestehenden Gebührenordnungen müßten dem nun erst einmal angepaßt werden, sprich, sich jetzt auf die neue Verordnung, die amtlich noch nicht einmal bekannt

gemacht wurde, beziehen. In Fürstentwalde und Eisenhüttenstadt sind die Parkscheinautomaten, die eine Mark pro Stunde verlangen, schon abgeschaltet worden. Ähnlich in vielen anderen Städten.

Nachdem gestern schon am Morgen die ersten Beschwerden kamen, wurden auch in Beeskow die vier Parkscheinautomaten erstmal außer Kraft gesetzt. In Storkow wußte man noch nichts von der neuen Verordnung, die die zwei Storkower Automaten betrifft: „Wir sind verunsichert und müssen das genau prüfen“, so Amtsdirektor Christian Kuck.

„Presseberichte sind für uns nicht bindend, wir müssen eine Nachricht aus Potsdam abwarten“, war aus Lieberose zu hören, es gibt doch einen Parkscheinautomaten: Weiter sagte man dort: „Der Amtsdirektor muß entscheiden, ob der Apparat ausgeschaltet wird“. Die Kommunen befinden sich jetzt im Zwiespalt, da die Verordnung noch nicht aus Potsdam angekommen ist und ihnen damit die Handlungsgrundlage fehlt.

Angst besteht in den Verwaltungen auch, daß jetzt Forderungen kommen könnten, bisher gezahlte Gebühren zurückzuerstatten. Doch dies scheint derzeit nicht der Fall zu sein.